



Ausgleichskasse des Kantons Bern
Caisse de compensation du canton de Berne

www.akbern.ch

JAHRESBERICHT



2010

Aufsichtsbehörde

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

Revisionsorgan

Ernst & Young AG, 3001 Bern

Aufsichtsrat (gemeinsam mit IV-Stelle Bern; IVB)Regierungsrat Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor des Kantons Bern, Belp/Münstergasse 2, Bern; *Präsident (von Amtes wegen)*Margret Kiener Nellen, lic. oec. HSG, Anwältin, Nationalrätin, Bolligen; *Vizepräsidentin*

Urs Friedrich Bohren, Betriebsökonom HWV, Bolligen

Meinrad Ender, Direktor Band-Genossenschaft, Bern

Jean-Pierre Graber, Dr. rer.pol. Nationalrat, La Neuveville

Barbara Mühlheim, Betriebsleiterin KODA, Grossrätin, Bern

Jean-Pierre Rérat, dipl. Ingenieur ETH, a. Grossrat, Sonvilier

Organisation

| | | |
|---|---|---|
| <i>Direktor</i> | Heinz Burkhard, lic. rer. pol., (bis 31.8.2010) Heiner Schläfli, Betriebsökonom FH, (ab 1.9.2010) Vorsitzender der Geschäftsleitung | Tel. 031 379 77 88 Fax 031 379 79 00 |
| <i>Direktionsstab (DS)</i> | Martin Meier, Leiter | Tel. 031 379 79 23 Fax 031 379 79 00 |
| <i>Regressdienst (übertragene Aufgabe des Bundes)</i> | Thomas Kohler, <i>Fürsprecher, Leiter</i> | Tel. 031 379 79 18 Fax 031 376 08 50 |
| <i>Abteilung Betrieb und Administration (ABA)</i> | Jürg Salzmann, Leiter Mitglied der Geschäftsleitung | Tel. 031 379 79 13 Fax 031 379 79 00 |
| | Peter Heiniger, stv. Leiter | Tel. 031 379 78 96 Fax 031 379 79 00 |
| <i>Abteilung Beiträge und Zulagen (ABZ)</i> | Robert Gygax, lic. oec. HSG, Leiter Mitglied der Geschäftsleitung | Tel. 031 379 79 75 Fax 031 379 79 77 |
| | Andreas Leuenberger, <i>Fürsprecher</i> stv. Leiter | Tel. 031 379 79 62 Fax 031 379 79 77 |
| <i>Abteilung Leistungen (ALE)</i> | Heiner Schläfli, Betriebsökonom FH, Stefan Haas, Betriebsökonom FH, (ab 15.11.2010) Leiter, Mitglied der Geschäftsleitung | Tel. 031 379 78 60 Fax 031 379 78 63 |
| | Claudia Rudin, Betriebswirtin HF, stv. Leiterin | Tel. 031 379 77 83 Fax 031 379 78 63 |

INHALTSVERZEICHNIS

| | Seite: |
|--|--------|
| 1. Übersicht | 2 |
| 2. Revisionen, Kontrollen, Controlling | 5 |
| 3. Umsatz | 5 |
| 4. Familienausgleichskasse des Kantons Bern (FKB) | 6 |
| 5. Familienausgleichskasse des Vereins für Sozialversicherungsfragen von öffentlichen Institutionen des Kantons Bern (FAK ÖKB) | 7 |
| 6. Verschiedenes | 8 |
| - Ausgewählte Kennzahlen | |
| - Abkürzungen | |

1. ÜBERSICHT

- Die Umsetzung des per 1.1.2009 in Kraft getretenen Bundesgesetzes über die Familienzulagen ist mit erheblicher Mehrarbeit verbunden.
- Topcombi, das Angebot der AKB zur Bekämpfung der Schwarzarbeit musste eingestellt werden.
- Die Erledigungsfristen bei den Ergänzungsleistungen sind zufriedenstellend.
- Die Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung im Bereich der Ergänzungsleistungen per 1. Januar 2011 stellte eine grosse Herausforderung dar.
- Das Projekt NIL+, die neue Informatiklösung für die Bereiche Renten, Ergänzungsleistungen und IV-Taggelder, läuft inhaltlich, zeitlich und finanziell nach Plan.

NEUE GESETZGEBUNG ÜBER DIE FAMILIENZULAGEN

Während dem im 2009 hauptsächlich die Einführung und Umsetzung der neuen Gesetzgebung über die Familienzulagen im Vordergrund stand, galt dies im Jahr 2010 für die Einführung des Familienzulagenregisters. Dieses soll verhindern, dass Mehrfachbezüge von Kinderzulagen möglich sind. Um diese Umsetzung erfolgreich abzuschliessen, mussten zuerst alle Kinder (bei der ersten Anfrage waren es 200'000) mit einer AHV-Nummer versehen werden. Im Anschluss wurde ein Austauschverfahren mit der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf eingeführt. Über die gemachten Erfahrungen wird im nächsten Jahresbericht informiert.

KINDERZULAGEN FÜR NICHTERWERBSTÄTIGE

Während im Vorjahr nur sehr wenige Kinderzulagen für Nichterwerbstätige ausgerichtet wurden, sind im Berichtsjahr doch ca. 900 Gesuche eingegangen. Obwohl die meisten Gesuche von erfahrenen Verwaltungsbehörden eingereicht wurden (Sozialämter) ist die Abweisungsquote immer noch enorm hoch. Sie liegt je nach Region und Art des Gesuchstellers bei ca. 30 Prozent. Diese Abweisungsquote bedingt entsprechend hohe Aufmerksamkeit und Kontrolle, was mit grossem Aufwand verbunden ist.

Es wurden Zulagen in der Höhe von rund Fr. 2,3 Mio. ausgerichtet. Sie werden ausschliesslich durch Steuergelder finanziert.

TOPCOMBI UND BUNDESGESETZ ÜBER DIE SCHWARZARBEIT

Wie im Vorjahresbericht angekündigt, musste das Angebot Topcombi den beteiligten Arbeitgebenden gekündigt werden. Dies einerseits, weil es zurzeit zwei vereinfachte Abrechnungsverfahren gab (was nicht zur besseren Klarheit führte); andererseits wurde aufgrund einer Aufsichtsbeschwerde des Schweizerischen Versicherungsverbandes die Weiterführung verunmöglicht. Mit seiner Eingabe hat dieser Verband der SUVA verbieten lassen, sich uns als Versicherer zur Verfügung zu stellen.

Viele Arbeitgebende haben dies ausserordentlich bedauert. Es wird nun geprüft, ob ab dem Jahr 2012 ein neuer Unfallversicherer gefunden und so das Bundesverfahren, mit Abdeckung einer Unfallversicherung, erneut angeboten werden kann.

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Die vorgegebenen Ziele wurden grösstenteils erreicht, die Erledigungsfristen für Neuanmeldungen, Revisionen und Krankheitskostenvergütungen sind mehrheitlich zufriedenstellend. Mit den auf Mitte Jahr im Bereich der Ergänzungsleistungen vorgenommenen organisatorischen Umstellungen sollen die Bearbeitungszeiten und die Arbeitsqualität weiter verbessert werden.

UMSETZUNG NEUORDNUNG DER PFLEGEFINANZIERUNG

Die Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung im Bereich der Ergänzungsleistungen erfolgt per 1. Januar 2011. Insbesondere die Neuberechnung der Ergänzungsleistungen bei Heimaufenthalt stellte eine grosse Herausforderung dar. Dank grosser Beharrlichkeit der Mitarbeitenden ist es gelungen, alle nötigen Daten für rund 11'000 EL-Beziehende auf den Jahreswechsel bereitzustellen.

INFORMATIKLÖSUNG NIL+

Im Berichtsjahr wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen schwergewichtig die verschiedenen Ablaufprozesse beschrieben. Dies in enger Zusammenarbeit mit den Partnerkassen (Coop, Neuenburg, Migros), dem Verband der Bernischen AHV-Zweigstellenleiter- und Leiterinnen (BAZ) und dem Softwarelieferanten (Futura Management AG). Das Projekt läuft sowohl inhaltlich, zeitlich und auch finanziell nach Plan. Hervorzuheben ist die Begeisterung und die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten.

NIL UND KUNDEN VON NIL

Im Berichtsjahr 2009 haben sich die Ausgleichskassen Genf und Neuenburg sowie Coop für das Informatiksystem NIL entschieden. Im Jahr 2010 ging es darum, die Mitarbeitenden dieser Partnerkassen in die neuen Prozesse einzuführen. Die Ausbildung erfolgte zur Zufriedenheit aller Beteiligten, so dass per Anfangs Juli 2010 die Kasse Genf, nach erfolgreicher Migration der Daten in das System NIL, den Betrieb für den Bereich Beiträge aufnehmen konnte. Leider konnte das mit der Ausgleichskasse Neuenburg anvisierte Ziel nicht erreicht werden; Neuenburg wird die Migration erst im Berichtsjahr 2011 abschliessen und den Betrieb aufnehmen können. Bei der Kasse Coop konnte die Betriebsaufnahme (sowohl Beiträge wie auch Zulagen) Ende 2010 erfolgreich abgeschlossen werden.

EINFÜHRUNG DER UNTERNEHMENS-IDENTIFIKATIONS-NUMMER (UID)

Mit der Einführung des Bundesgesetzes vom 18.06.2010, in Kraft ab 01.01.2011, wird – zur Vereinfachung der Informationen in administrativen und statistischen Prozessen – eine Unternehmens-Identifikations-Nummer eingeführt. Dies bedingt für die AKB, dass sie ca. 40'000 aktiven Arbeitgebenden eine UID-Nummer zuweisen kann. Diese Aufgabe wird vom Bundesamt für Statistik (BFS), künftig federführend für dieses Register, übernommen, indem jedem einzelnen

Arbeitgebenden eine UID zugeteilt wird. Im kommenden Berichtsjahr wird es Aufgabe der Ausgleichskasse sein, diese Daten in das eigene Register zu übernehmen, den Datenaustausch für sämtliche neuen Arbeitgebenden sicherzustellen und voraussichtlich bereits ein Jahr nach Einführung dem Bundesamt für Statistik die Lohndaten mit der UID-Nummer des Arbeitgebenden zu liefern. Für die Ausgleichskasse ist der Nutzen dieser neuen Nummer sehr beschränkt. Den Arbeitgebenden wird hingegen die sogenannte „Lohnstatistik“ erspart.

RENTEN DER AHV/IV SOWIE IV-TAGGELD

Dank stabilem politischem Umfeld und sehr gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnten alle anstehenden Aufgaben einwandfrei und fristgerecht erledigt werden.

PROJEKT INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENT-SYSTEM (IKS)

Anfangs Jahr wurde der Projektauftrag an Ernst & Young vergeben. Ziel ist es, ein von Ernst & Young erfolgreich im In- und Ausland eingeführtes Modell für ein effizientes IKS auf die Anforderungen der AKB anzupassen und schrittweise einzuführen. Aus naheliegenden Gründen ist in der ersten Phase – bis Ende März 2011 – die Berücksichtigung von IKS-Anforderungen in NIL+ vorgesehen.

EPORTAL

Einzug von eGovernment auch in der AKB: Mit der Aufschaltung unseres ePortals im Laufe des Geschäftsjahres, ermöglichen wir nun unseren Kunden die sichere elektronische und medienbruchfreie Übermittlung von verschiedenen Daten und somit ein Instrument für eine effiziente und effektive Abarbeitung von notwendigen Prozessen. Dies sind vorerst Anmeldung von neuen Mitarbeitenden, Mutationsmeldungen, Lohnmeldungen von Mitarbeitenden sowie das Bestellen von Versicherungsausweisen.

E-RECHNUNG

Rechnungen im E-Banking empfangen, prüfen und mit wenigen Mausklicks bezahlen. Einfach – schnell – papierlos – sicher.

Mit der Einführung der e-Rechnung entspricht die AKB einem zentralen Kundenbedürfnis. Die e-Rechnung wird dem Kunden in sein e-Banking-Konto zugestellt, wo er die Rechnung prüfen und per Mausklick bezahlen kann. Das lästige Abtippen der Zahlungsinformationen entfällt. Voraussetzung für die Nutzung dieses Services ist zurzeit ein e-Financekonto bei der Postfinance. Die Erweiterung auf Bankkunden ist vorgesehen.

BEWAN

Mit der Installation eines BEWAN-Anschlusses sind wir nun direkt über das kantonseigene Berner Wide Area Network mit kantonalen Anwendungen wie ZPV (Zentrale Personenverwaltung), GRUDIS (Grundstückdaten-Informationssystem), PERSISKA (Personal-Informationssystem), NESKO (Neues Steuer-Informationssystem) u.a. verbunden. Dies ermöglicht uns Auskünfte sofort bei Bedarf einzuholen oder eigene Daten zu pflegen, um damit unsere eigenen Prozesse insbesondere zu Gunsten unserer Kunden zu beschleunigen.

SEDEX

Seit 1. April 2010 sind wir an der nationalen SEDEX-Plattform (SEcure Data Exchange) angeschlossen, welche einen sicheren Datenaustausch zwischen den Personenregistern des Bundes und den kantonalen und kommunalen Einwohnerregistern und die Datenlieferung an das Bundesamt für Statistik ermöglicht. Momentan empfangen wir hauptsächlich Dokumente der IV-Stellen, wie beispielsweise Beschlüsse (Renten, Hilflosenentschädigungen, IV-Taggelder), wobei ein Ausbau der Services geplant und rasch umgesetzt werden soll. Auch Informationen mit den kantonalen Steuerverwaltungen werden künftig über diese sichere Plattform ausgetauscht.

2. REVISIONEN, KONTROLLEN, CONTROLLING

Das AKB-interne Controlling engagierte sich im Berichtsjahr hauptsächlich im 2009 lancierten Projekt IKS, für ein integriertes Risiko- und Kontrollmanagement. Dabei ging es insbesondere um die Risikobeurteilung in den Gebieten IV-Taggeld, Ergänzungsleistungen sowie AHV/IV-Renten. Die Ergebnisse dienen als Grundlage zur Definition wesentlicher Anforderungen für die Neue Informatikanwendung NIL+.

Des Weiteren überprüfte das AKB-Controlling die Einhaltung der internen Weisung betreffend Rückforderung von zu Unrecht bezogenen AHV-/IV-Leistungen sowie Ergänzungsleistungen.

Das vom Aufsichtsrat der AKB beauftragte Revisionsorgan – Ernst & Young – bestätigte, dass im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen und ergänzenden Weisungen des BSV Folge geleistet wurde. Die im Vorjahr bei der Zweigstelle Staatspersonal festgestellten Arbeitsrückstände konnten 2010 grösstenteils aufgearbeitet werden.

Gute Noten für den Regressdienst: Die vom BSV vorgenommene Spezialrevision ergab, dass alle geprüften Fälle korrekt bearbeitet wurden, der Regressdienst Bern zweckmässig organisiert ist, die Dossierführung in materieller und formeller Hinsicht den Anforderungen entspricht und eine gute Struktur und Ordnung aufweist.

3. UMSATZ

Wir richteten Leistungen von 3,9 Mrd. Franken aus und vereinnahmten 1,7 Mrd. Franken an Beiträgen.

Die Leistungen nahmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 78,7 Mio. (+ 2,1 %) zu. Das Beitragsvolumen dagegen nahm um 149 Mio. Franken (- 8 %) ab. Die Abnahme ist hauptsächlich auf Kundenabgänge (Inselspital, Gebäudeversicherung, etc.) zurückzuführen.

Die nach Bundesrecht gewährten Leistungen betragen wie im Vorjahr rund 2,8 Mrd. Franken. Die bundesrechtlichen Beitragszahlungen betragen knapp 1,5 Mrd. Franken (Abnahme knapp 106 Mio. Fr. oder 6,7 %). Auch hier hatten die Kundenabgänge negative Auswirkungen.

Die Einnahmen des Regressdienstes beliefen sich auf knapp 4,8 Mio. Franken. Dies entspricht 106 Prozent des vereinbarten Leistungsziels von 4,6 Mio. Franken.

Verwaltungskostenbeiträge (inkl. Abschreibungen) von 18,8 Mio. Franken (19,9 Mio. Fr.) wurden eingenommen.

Es wurden in 34'421 (Vorjahr 34'154) Fällen ordentliche **Ergänzungsleistungen zur AHV/IV** für 40'663 (Vorjahr 40'414) Personen gewährt. Der Leistungsumfang betrug 579,2 Mio. Franken (566,8 Mio. Fr.), davon 42,5 Mio. Franken (Vorjahr: 43,4 Mio. Fr.) für Krankheits- und Behindernungskostenvergütungen. Der Verwaltungsaufwand (ohne NIL+ - Investitionen) betrug mit knapp 7,7 Mio. Franken (7,6 Mio. Fr.) 1,3 Prozent des Leistungsvolumens (exkl. KVG-Prämienverbilligung).

4. FAMILIENAUSGLEICHSKASSE DES KANTONS BERN (FKB)

Verwaltung und Geschäftsführung der FKB wurden nach Artikel 11 des Gesetzes vom 11. Juni 2008 über die Familienzulagen (KFamZG; BSG 832.71) vom Kanton der AKB übertragen.

4.1 ARBEITGEBER/INNEN UND ZULAGENBEZÜGER/INNEN

Am 31. Dezember 2010 wurden an 32'396 (40'847) Arbeitnehmer/innen sowie an 3'905 (3'353) Selbständigerwerbende Kinderzulagen ausgerichtet.

4.2 BEITRÄGE UND AUSZAHLUNGEN

Die im Berichtsjahr abgerechneten **Beiträge** von 159,3 Mio. Franken (194,2 Mio. Fr.) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 34,9 Mio. Franken oder 18 Prozent ab. Die Abnahme ist auf die Senkung des Beitragssatzes per 1. Januar 2010 von 2,15 Prozent auf 1,75 Prozent zurückzuführen.

Es wurden Familienzulagen von 167,2 Mio. Franken (164,2 Mio. Fr.) ausgerichtet, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von knapp 3 Mio. Franken oder 1,8 Prozent entspricht.

4.3 BETRIEBSRECHNUNG

Die Betriebsrechnung schloss – wegen der Senkung des Beitragssatzes – mit einem Aufwandüberschuss von knapp 8,2 Mio. Franken (29,4 Mio. Fr. Ertragsüberschuss) ab.

Der Deckungsgrad des Reservefonds (gesetzliche Schwankungsreserve) nahm wegen des Aufwandüberschusses von 77,1 Prozent auf 71,7 Prozent eines Jahresaufwandes ab.

Der laufende Verwaltungsaufwand (ohne NIL) betrug knapp 3 Mio. Franken (2,9 Mio. Fr.). Davon entfielen knapp 2 Mio. Franken (1,7 Mio. Fr.) auf die Dienstleistungen der AKB und rund 1 Mio. Fr. (1,3 Mio. Fr.) auf die Verwaltungskostenzuschüsse an die Gemeinden für die Mitwirkung der AHV-Zweigstellen beim Vollzug der Familienzulagenordnung.

4.4 RECHTSPFLEGE

Im Berichtsjahr gingen fünf (drei) Beschwerden ein.

4.5 REVISIONEN UND CONTROLLING

Die vom bundesrechtlich anerkannten Revisionsorgan durchgeführte summarische Kontrolle des Finanz- und Rechnungswesens gab zu keinen Bemerkungen Anlass. Die ausgewiesenen Zahlen und Fakten sowie die geprüften Geschäfte wurden als richtig bestätigt und unserem Personal eine sorgfältige, vorschriftsgemässe und kompetente Arbeitsweise attestiert.

5. FAMILIENAUSGLEICHSKASSE DES VEREINS FÜR SOZIALVER- SICHERUNGSFRAGEN VON ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN DES KANTONS BERN (FAK ÖKB)

Mit Inkrafttreten der neuen Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen (FamZG) wurden alle Arbeitgebenden der neuen Gesetzgebung unterstellt. Für öffentlich-rechtliche Arbeitgeber im Kanton sowie nicht öffentlich-rechtliche Betriebe, die in einer engen Beziehung zum Kanton oder einer Gemeinde stehen, wurde die Familienausgleichskasse ÖKB gegründet. Die Geschäftsführung der FAK ÖKB wurde gestützt auf Artikel 1, Ziffer 3 des Reglements vom 25. Mai 2008 der Familienausgleichskasse ÖKB der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) übertragen.

5.1 ARBEITGEBER/INNEN UND ZULAGENBEZÜGER/INNEN

Am 31. Dezember 2010 waren 1'035 (1'090) Arbeitgeber/innen der Familienausgleichskasse ÖKB angeschlossen.

5.2 BEITRÄGE UND AUSZAHLUNGEN DER FAMILIENZULAGEN

Die im Berichtsjahr abgerechneten Beiträge betragen 89,9 Mio. Franken (98,3 Mio. Fr.). Die Abnahme von 8,4 Mio. Franken ist auf die Senkung des Beitragssatzes auf den 1. Januar 2010 von 1,95 auf 1,7 Lohnprozente zurückzuführen. Gleichzeitig wurden Familienzulagen für 90,1 Mio. Franken (88,9 Mio. Fr.) ausgerichtet.

5.3 BETRIEBSRECHNUNG

Der laufende Verwaltungsaufwand betrug 1,2 Mio. Franken (1,3 Mio. Fr.). Davon entfielen 0,9 Mio. Franken (1 Mio. Fr.) auf die Dienstleistungen der AKB und wie im Vorjahr, 0,3 Mio. Franken auf die Verwaltungskostenzuschüsse an die Gemeinden für die Mitwirkung der AHV-Zweigstellen beim Vollzug der Familienzulagenordnung.

Die Betriebsrechnung schloss wegen der oben erwähnten Senkung des Beitragssatzes mit einem Aufwandüberschuss von knapp 1,4 Mio. Franken (Vorjahr 8,2 Mio. Fr. Ertragsüberschuss) ab. Der Deckungsgrad des Reservefonds (gesetzliche Schwankungsreserve) beträgt 7,4 Prozent (9,1) eines Jahresaufwands.

5.4 RECHTSPFLEGE

Im Berichtsjahr mussten zwei (keine) Einspracheentscheide erlassen werden.

6. VERSCHIEDENES

6.1 HEINER SCHLÄFLI-MÜLLER ÜBERNIMMT AM 1. SEPTEMBER 2010 ALS NACHFOLGER VON HEINZ BURKHARD DIE LEITUNG DER AUSGLEICHSKASSE DES KANTONS BERN (AKB)

Am 12. August 2010 verabschiedete sich Direktor Heinz Burkhard, lic. rer. pol, nach 36 Jahren bei der AKB im Grossratssaal des Berner Rathauses von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Abgesehen von einem kurzen Abstecher zur Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern hatte er sich all die Jahre für die AKB eingesetzt, in den letzten 20 Jahren als Direktor. Der Aufsichtsrat und das Personal der AKB danken Heinz Burkhard für seine grosse geleistete Arbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Der Regierungsrat des Kantons Bern ernannte an seiner Sitzung vom 24. März 2010 Heiner Schläfli-Müller zum Direktor der Ausgleichskasse des Kantons Bern. Der 49-jährige Betriebsökonom FH mit EMBA der Berner Fachhochschule trat per 1. September 2010 die Nachfolge von Heinz Burkhard an.

6.2 AUFSICHTSRAT

Der für die AKB und IVB gemeinsame Aufsichtsrat hielt im Berichtsjahr 2010 zwei ordentliche und eine ausserordentliche Sitzung ab. Neben den ordentlichen Geschäften befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Nachfolgeregelung von Heinz Burkhard (vgl. oben). Des Weiteren nahm der Aufsichtsrat Kenntnis vom Stand der Informatikprojekte NIL/NIL+.

6.3 LEICHTE ZUNAHME DER FLUKTUATIONSRATE

Ende 2010 waren bei der AKB 185 (2009: 190) Personen angestellt. Die Fluktuationsrate nahm um rund 3,9 Prozentpunkte zu auf 9,2 Prozent (2009: 5,3 %). Von insgesamt 17 Abgängen erfolgten vier infolge Pensionierung, vier wegen Mutterpflichten und einer infolge Todesfall. Acht Angestellte (2009: 5) suchten bei einem anderen Arbeitgeber eine neue Herausforderung.

Für die Mitarbeitenden stellten die zukunftsweisenden und arbeitsintensiven Projekte (NIL/NIL+/IKS) und die Erledigung des anspruchsvoller werdenden Tagesgeschäfts erneut eine grosse Herausforderung und Belastung dar.

6.4 AUSBILDUNGSVERANSTALTUNGEN FÜR DAS ZWEIGSTELLENPERSONAL

Die beiden deutschsprachigen Einführungskurse fachtechnisch vom März und Oktober 2010 für neue Leiter/innen von AHV-Zweigstellen waren erneut gut besucht: Im März mit 25 (2009: 24) und im Oktober mit 27 (2009: 24) Teilnehmenden.

Zwei neue Zweigstellenleiterinnen aus dem Jura bernois wurden an einem französischsprachigen Kurs in die Grundlagen der Zweigstellenaufgaben eingeführt. Am Einführungskurs Informatik vom Juni waren 61 deutschsprachige Zweigstellen vertreten. Kursinhalt war die Bedienung des USB-Sticks, der den Zugriff auf die NIL- und iJetprogramme der AKB ermöglicht.

209 (2009: 207) von 221 AHV-Zweigstellen besuchten die Informationstagungen im November, womit über 94 Prozent (2009: 93%) aller Zweigstellen der AKB vertreten waren.

Bern, 21. März 2011

AUSGLEICHSKASSE DES KANTONS BERN

Heiner Schläfli
Direktor